

Resolution „Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa“

Die Resolution wurde federführend von der IG Metall und dem Duisburger Wissenschaftler Steffen Lehndorff initiiert. Die Initiative setzt sich für ein neues Europa ein, nicht nach Maßstäben der Finanzmärkte, sondern der sozialen Gerechtigkeit. Deshalb wird die Resolution durch ein breites Bündnis der europäischen Gewerkschaften unterstützt.

Die Resolution wurde von den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern der IG Metall, sowie dem Vorsitzenden des DGB, als auch von den Vorsitzenden aller DGB-Mitgliedsgewerkschaften unterzeichnet.

Zentrale Forderungen der Resolution WIR FORDERN:

- 
- die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU grundsätzlich zu überdenken
 - mehr demokratische Legitimation der EU
 - eine neue soziale Perspektive jenseits der Austeritätspolitik zu schaffen
 - ernsthaftes Verhandeln mit der neuen Syriza-Regierung
 - neue Chancen für Griechenland, die neue wirtschaftliche Perspektiven für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eröffnen



Verleihe den griechischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Stimme!

Unterstütze die Resolution der IG Metall und der europäischen Gewerkschaften!

**Griechenland nach der Wahl:
keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa!**

Trage Dich ein auf
<http://wp.europa-neu-begrunden.de/>
oder direkt mit Deinem Handy



Herausgeber: IG Metall Vorstand,
Wilhelm-Leuschner-Str. 79,
60329 Frankfurt
Verantwortlich: Wolfgang Lemb



Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter treten ein für ein soziales Europa!



Solidarität mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Griechenland und ihren Gewerkschaften!

Eine neue, eine faire Chance für Griechenland!

Griechenland befindet sich seit dem Jahr 2011 unter der strikten Aufsicht der Troika (Kommission, EZB und IWF). In diesem Zeitraum sind trotz der rigiden Sparpolitik, die von diesen Institutionen verordnet wurde, keine wirtschaftlichen Erfolge und Verbesserung der sozialen Lage zu sehen.

Von knapp 207 Mrd. Euro, die Griechenland bekommen hat, sind 77 % (ca. 160 Mrd. Euro) direkt an die Banken geflossen und nur 23 % blieben beim griechischen Staat.

Die sozialen Folgen sind dramatisch: Die Arbeitslosigkeit liegt bei 27 % und bei Jugendlichen bis 25 Jahren sogar bei 58%. Die Armut der Menschen ist drastisch gestiegen. Viele haben heute keine Gesundheitsversorgung mehr. Gewerkschaften wurden geschwächt und das Tarifvertragssystem ist von der konservativen Vorgängerregierung zerschlagen worden.

Dennoch hält die Troika (oder „die Institutionen“) an den arbeitnehmerfeindlichen Strukturmaßnahmen fest. Sie fordert weiterhin von der griechischen Regierung die Privatisierung von Staatsbetrieben, den Abbau von staatlichen Arbeitsplätzen und sozialen Sicherungssystemen.

Die Sparmaßnahmen haben Griechenland das Fundament zu eigenständigem Handeln genommen. Die neue griechische Regierung muss jetzt wirkliche Reformen einleiten, die den Menschen dienen, Steuereinnahmen realisiert und die Wirtschaft ankurbelt. Denn: Ohne eine nachhaltige Wirtschaft und vernünftig bezahlte Arbeitsplätze wird der griechische Staat weiterhin externe Geldgeber brauchen.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen ein starkes Europa

Deutschland ist die größte Volkswirtschaft im Euroraum und erwirtschaftet den größten Exportüberschuss. Immer noch gehen 58 % der deutschen Exporte in die Europäische Union. In der Metall- und Elektroindustrie sind es 52 %. Eine stabile europäische Konjunktur und nachfrageorientierte Politik in Europa liegt deshalb auch in unserem eigenen Interesse.

Eine stabile Konjunktur wird in ganz Europa wie auch in Griechenland nur mit neuen Arbeitsplätzen und fairen Löhnen geschaffen. Die demokratisch gewählte Syriza-Regierung ist hierfür angetreten. Die europäischen Institutionen sind aufgefordert diesen Weg zu unterstützen und nicht erneut mit unerfüllbaren Auflagen einen neuen Weg für Griechenland zu torpedieren.

Die neue Syriza-Regierung hat angekündigt, auf nachhaltige Reformen zu setzen. So wurden z.B. 7.000 neue Ärzte eingestellt, die Privatisierung des Hafens von Piräus zunächst gestoppt und die Zwangsversteigerung des Erstwohnsitzes aufgehoben.



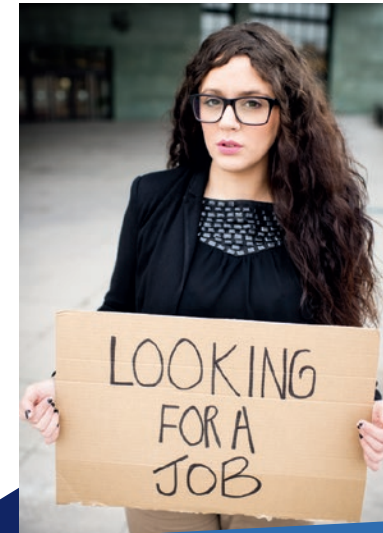
Proteste gegen Zwangsversteigerung

Europa neu denken

Die Austeritätspolitik der Troika ist gescheitert! Das sehen wir in Griechenland, aber auch in anderen sogenannten Krisenländern sehr deutlich. Die IG Metall tritt schon seit langem für einen dringend notwendigen Kurswechsel für ein soziales Europa ein. Dafür brauchen wir starke Gewerkschaften, soziale Sicherung der Beschäftigten und keine gescheiterten neoliberalen Politikmodelle. Mit den griechischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in einer besonders prekären Lage sind, muss Solidarität geübt werden.

Die Krise in Griechenland kann nur mit öffentlichen Investitionen überwunden werden. Die IG Metall begrüßt deshalb den sogenannten Juncker-Plan eines europäischen strategischen Investitionsfonds (EFSI), hält diesen aber für nicht ausreichend. Wir brauchen einen langfristig angelegten europäischen Investitionsplan, so wie er auf Basis des vom DGB entworfenen Marshall-Plans vom Europäischen Gewerkschaftsbund beschlossen wurde. Das Ziel müssen nachhaltige Arbeitsplätze sein, die stabiles Wachstum und Wohlstand bringen.

Die neue griechische Regierung hat eine Chance verdient, eine bessere Politik zu entwickeln und umzusetzen. Eine Chance auf dem Weg zu einem neuen sozialen Europa.



Hohe Arbeitslosigkeit auch bei qualifizierten Jugendlichen



Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied